

Kann Online-Beteiligung die Akzeptanz für Infrastrukturprojekte erhöhen?

Im Netz ist kein Virus

Was hat eine globale Pandemie mit der Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten in Deutschland zu tun? Nicht viel – auf den ersten Blick. Doch auf den zweiten überschneiden sich aktuell zwei gegenläufige Entwicklungen: Auf der einen Seite wollen die Menschen mehr mitreden, mehr streiten und mehr diskutieren, wenn neue und kontroverse Vorhaben in der Planung sind. Auf der anderen Seite unterliegt die persönliche Kommunikation derzeit massiven Beschränkungen. Wie lässt sich das Dilemma lösen?

Der Um- und Ausbau unserer Infrastruktur ist hart umkämpft. Wo immer neue Windräder, Stromleitungen, Recyclinganlagen oder Deponien entstehen sollen, laufen Bürgerinnen und Bürger Sturm. Eine inzwischen etablierte Strategie, die Akzeptanz der Projekte zu fördern, besteht im intensiven Austausch mit den lokalen Stakeholdern. Doch wie soll der funktionieren, wenn der persönliche Kontakt durch Mindestabstände und maximale Teilnehmerzahlen nur noch eingeschränkt funktioniert?

Bürgerdialog und Bürgerprotest: In Corona-Zeiten verlagert sich beides ins Netz

Die Antwort ist schnell gegeben: Das Internet soll Abhilfe schaffen. Man verlagere den Austausch einfach in die virtuelle Welt und ersetze Präsenzveranstaltungen durch Online-Konsultationen, Telefon- oder Videokonferenzen. So sieht es auch das jüngst verabschiedete Plansicherstellungsgesetz vor. Die Idee der Regierung: Damit sich wichtige Bauvorhaben nicht verzögern, werden die üblichen Informationsformate wie öffentliche Auslegungen oder Erörterungstermine vorerst durch digitale Alternativen ersetzt.

Die Lösung des Problems? Vielleicht. Aber eine, die andere Probleme schafft. Kaum sind die ersten Verfahren in den virtuellen Raum verlagert, entzündet sich neuer Protest. Beispiel SuedLink, die rund 700 Kilometer lange Windstromleitung von Schleswig-Holstein nach Baden-Württemberg und Bayern: Hier fühlen sich Bürgerinitiativen durch den Wegfall von Vor-Ort-Terminen in ihrem Mitspracherecht beschnitten. Online eingebrachte Einwendungen blieben unberücksichtigt und eine offene Diskussion wurde erschwert, so die Argumentation, die es kürzlich auch in die überregionale Presse und die wichtigsten Nachrichtensendungen schaffte.

Alles wird digital – keine andere Wahl?

Die Herausforderung ist klar – der Dialog mit dem Bürger wird nicht nur immer wichtiger, er wird auch immer komplizierter: Denn einerseits funktioniert das Gespräch von Angesicht zu Angesicht derzeit nur mit Atemschutz und Sicherheitsabstand. Andererseits zeigen die SuedLink-Proteste, dass auch die digitalen Alternativen noch ihre Tücken haben.

Doch es hilft nichts. Auch in Corona-Zeiten dürfen wichtige Infrastrukturprojekte nicht ruhen. Weitere Verzögerungen, Rechtsunsicherheiten oder Akzeptanzprobleme sind in den meisten Fällen keine Option. Daher bleibt denen, die eine neue Anlage planen, bauen oder betreiben, keine Wahl – außer es einfach mal zu versuchen mit dem virtuellen Dialog.

Die Digitalisierung ist in der Kreislaufwirtschaft ohnehin allgegenwärtig. Höchste Zeit, dass wir diese neue Welt auch als Chance begreifen, um gezielter mit Menschen über unsere Pläne ins Gespräch zu kommen. Denn sobald die Kinderkrankheiten der digitalen Beteiligung geheilt sind, liegen die Vorzüge auf der Hand: Gute Online-Kommunikation erreicht neue Zielgruppen, verbraucht weniger Ressourcen, ist hoch transparent und effizient. Worauf warten wir also noch?

Lukas Haberland
Projektleiter „Dialog & Akzeptanz“
Prognos AG
Tel.: +49 211 91 316-158
lukas.haberland@prognos.com

Hendrik Schramm
Berater „Dialog & Akzeptanz“
Prognos AG
Tel.: +49 211 91316-136
hendrik.schramm@prognos.com